

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/59

Bonn, den 25. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Es darf nicht bei der Ankündigung bleiben ----- Zu der Friedenserklärung der Bundesregierung	45
2	Die Sorgen bleiben ----- Ungerechtfertigte Vertrauensbekundung für den Verteidigungsminister zur Starfighter-Debatte im Bundestag Von Werner Buchstaller, MdB	50
3	Auf der ganzen Linie siegte die Jugend ----- Nachlese zu den Kommunalwahlen in Bayern Von Dr. Günther Müller, MdB, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten	48
4 - 5	"Allianz für den Fortschritt" ----- Klassenziel nicht erreicht? In Lateinamerika geht es nur langsam vorwärts	88

* * *

Es darf nicht bei der Ankündigung bleiben

Zu der Friedenserklärung der Bundesregierung

sp - Die Bundesregierung hat mit ihrer heute veröffentlichten und an 80 Staaten übermittelten Note zum Standpunkt der Bundesrepublik in den entscheidenden Fragen der Sicherung des Friedens einen auf das ganze Parlament gestützten Beitrag zur Entspannung in der Welt geleistet. Die im Bundestag vertretenen Parteien wollen gemeinsam mit der Regierung durch diesen Schritt kundtun, daß die Bundesrepublik Deutschland sich nicht als Objekt der Weltpolitik betrachtet, sondern, in Zusammenarbeit mit ihren Freunden, auch eigene Beiträge zur Friedenssicherung leisten will. Das kommt in der Note zum Ausdruck, vor deren endgültiger Abfassung die Parteien des Bundestages konsultiert worden sind.

Dieser Schritt erfolgt zwar spät, aber nicht zu spät. Der Welt und vor allem unseren östlichen Nachbarn mußte endlich gesagt werden, daß der hier und dort entstandene Eindruck, die Bundesrepublik sei ein Hemmschuh bei Bemühungen zur Entspannung zwischen Ost und West, falsch ist.

Der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, hat in seiner zustimmenden Erklärung zu der Regierungsnote betont, es dürfe jetzt nicht bei den Ankündigungen guter Absichten bleiben. Dieses Wort verdient festgehalten zu werden. Wenn die Note der Bundesregierung in praktische Politik umgesetzt werden soll, dann muß alles das, was darin an konstruktiven Vorschlägen und Anregungen enthalten ist, mit den Vertretern der Parteien in einem ständigen Gedankenaustausch und im Blick auf die Absichten der Regierung besprochen und zu gemeinsamen Handeln verdichtet werden. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat diesen Vorschlag schon vor Jahren gemacht. Sie hat sich auch dann nicht beirren lassen, wenn Regierung und Regierungsparteien zu erkennen gaben, sie wollten unter sich bleiben, die Opposition brauche sich nur den Vorschlägen und Vorstellungen der Regierung anzuschließen.

Man darf wohl hoffen, daß diese Zeit von nun an der Vergangenheit angehört. Schon seit langem ist sich die Mehrheit unseres Volkes bewußt wie klein der Spielraum in der Erörterung aller jener Fragen geworden ist, die unter dem Begriff "Deutschlandpolitik" zusammengefaßt werden. Gewisse Vorstellungen früherer Jahre haben keine Gültigkeit mehr; sie sind in einer veränderten Weltlage zum Teil sogar gegenstandslos geworden. Vieles, auch der deutsche Beitrag zur Sicherung des Friedens, muß neu überdacht werden.

Niemand sollte sich jedoch der Illusion hingeben, daß durch eine einmalige Erklärung der Bundesregierung nun alles leichter für uns geworden ist. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, zur Überwindung der Spaltung Europas und zur Sicherung des Friedens in der Welt bleibt mühevoll und steinig. Viele Mißverständnisse und Enttäuschungen werden auf diesem Weg noch ausgeräumt werden müssen. Je eindeutiger das deutsche Bekenntnis zu dem Wunsch ist, diesen Weg zu gehen, um so glaubhafter wird er sein und um so größer sind die Chancen, ans Ziel zu gelangen.

Die Sorgen bleiben

Ungerechtfertigte Vertrauensbekundung für den Verteidigungsminister
Zur Starfighter-Debatte im Bundestag

Von Werner Buchstaller, MdB

Die große Starfighter-Debatte des Deutschen Bundestages ist zu Ende. Sie begann mit dem unanständigen Versuch des Herrn Verteidigungsminister die Kritik an seinen politischen Maßnahmen und Unterlassungen in eine Frontstellung gegen die Soldaten, Beamten und Angestellten der Bundeswehr umzumünzen, und endete mit der Geschmacklosigkeit der Koalitionsfraktionen, die tiefempfundene Anteilnahme gegenüber den Angehörigen der in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Flugzeugführern mit einer Vertrauensbekundung für den Verteidigungsminister zu verbinden. Die Mehrheit des Parlaments war nicht bereit, vom verantwortlichen Minister klar Rechenschaft über die beängstigenden Starfighter-Unfälle der letzten Zeit zu verlangen. Die Sorgen und Anliegen der deutschen Luftwaffe und die Besorgnis in der deutschen Öffentlichkeit wurden dem Rechtfertigungsbedürfnis des Ministers geopfert. So wurde der Sinn der Debatte verfälscht. Den Koalitionssprechern ging es nicht darum, aus Fehlern zu lernen, sondern sie zu bestreiten. Die traurige Bilanz der zerstörten Maschinen und zu beklagenden Opfer aber bleibt. Ihre bittere Anklage kann auch nicht durch Mehrheitsbeschluss von der Tagesordnung abgesehen werden.

Die Zukunft wird lehren, daß politische Versäumnisse und Fehlentscheidungen eines Ministers auch dann verhängnisvoll bleiben, wenn eine Parlamentmehrheit sie deckt. Auch eine bedingungslose Fraktions-Gefolgschaft entläßt den Minister nicht aus seiner Verantwortung.

Die Debatte ist beendet, die Probleme und Aufgaben sind geblieben. Es wird für die Zukunft sehr viel davon abhängen, ob Herr von Hassel die Mahnungen der Opposition und die Ratschläge seines Amtsvorgängers ernst nimmt, als er sich im Verlauf der Diskussion um diesen Fragenkomplex den Anschein gab. Wenn schon die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr gutzumachen sind, gilt es jetzt, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß weiteres Unglück vermieden wird. Die Sicherheit unseres Volkes und auch die Sicherheit unserer Piloten hat absoluten Vorrang gegenüber dem Sicherheitsbedürfnis für ein Ministeramt.

Auf der ganzen Linie siegte die Jugend

Nachlese zu den Kommunalwahlen in Bayern

Von Dr. Günther Müller, MdB,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die Landesvorstände der Parteien haben am vergangenen Wochenende eine erste Analyse der Kommunalwahlergebnisse vom 13. März vorgenommen. Alle zeigten sich mit mehr oder weniger Recht zufrieden. Für zukünftige Wahlen jedoch lassen sich einige Schlüsse ziehen, die, wenn man sie nicht beachten würde, in Zukunft einige Überraschungen bringen könnten.

Das Auffallende bei dieser Wahl war, daß die Wähler zunehmend von den Möglichkeiten der Persönlichkeitswahl Gebrauch machen. Man kann nach dem bayerischen Kommunalwahlrecht bis zu drei Stimmen auf einen Kandidaten "häufeln". In einzelnen Orten benützten bis zu 95 Prozent der Wähler diese Möglichkeit. Für die Parteien wird nun entscheidend, wen sie aufstellen. Nur Parteien mit attraktiven Kandidaten haben die Chance, in einer Gemeinde die Mehrheit zu bekommen.

Wenn man das Wahlergebnis daraufhin untersucht, dann stellt man fest, daß die besten Chancen junge Leute mit einer qualifizierten Berufsausbildung haben. Das Ergebnis der Münchner Stadtratswahl zeigt dies deutlich:

- * Den größten Sprung nach vorne machten auf der SPD-Liste zwei Kandidaten, die ziemlich weit hinten platziert waren. Die Wähler "häufelten" den 30-jährigen Rechtsanwalt M ü l l e r von Platz 34 auf Platz 20 und den 32-jährigen Assistenten an der Universität München, Dr. K e o s e von Platz 40 auf Platz 26 vor. Keiner der alten und bewährten Stadträte konnte eine ähnliche Erfolgskurve aufweisen.
- * Auch bei der CSU konnte der 32-jährige Studienrat Dr. Z e h e t - m a i e r seine Position wesentlich verbessern. Seine Partei hatte ihn aussichtslos platziert, die Wähler "häufelten" ihn in den Stadtrat.

Ein neues Verfahren wandte auch die FDP an. Bisher hatte immer ein pensionierter bayerischer Minister oder Landtagsvizepräsident die FDP-Liste angeführt, mit dem Erfolg, daß die FDP nur einen Sitz im Stadtrat hatte. Diesmal führte ein 33-jähriger Rechtsanwalt die FDP-Liste an. Als das Wahlergebnis bekannt wurde, konnte sich die FDP freuen: drei Stadträte sitzen im neuen Münchner Gemeindeparlament, zwei davon sind Juristen u n t e r 35 Jahren.

Die gleiche Entwicklung wie in den Großstädten stellt man auch auf dem flachen Land fest. In einer Gemeinde der Oberpfalz wurde ein junger Mann zum Bürgermeister gewählt, der gerade am Wahltag erst das 25. Lebensjahr vollendete. Im Landkreis Fürstenfeldbruck wurden alle jungen SPD-Kandidaten von den Wählern weit nach vorne "gehäufelt".

Man sieht: Auf der ganzen Linie siegte die Jugend. Wer diesem Trend bei der Aufstellung der Kandidaten nicht genügend Beachtung schenkte, mußte es am Wahltag bitter bezahlen.

Die größte Überraschung aber gab es in Neuburg an der Donau. Die Parteien des Stadtrates stellten wieder ihre alten Stadträte auf, ohne genügend die junge Generation zu berücksichtigen. Die jungen Leute der Stadt schlossen sich daraufhin zu einer überparteilichen Liste "Junge Generation" zusammen. Manch alter Stadtrat mußte dann am 13. März Lehrgeld bezahlen: Die Liste "Junge Generation" wurde zur stärksten Fraktion im Neuburger Stadtrat!

"Allianz für den Fortschritt"

Klassenziel nicht erreicht ?

HD-1 - Die vor fünf Jahren von US-Präsident John F. Kennedy mit Enthusiasmus und Weitblick ins Leben gerufene "Allianz für den Fortschritt" hat bisher das Klassenziel nicht erreicht. Das ist der Schluß, der von den meisten lateinamerikanischen Regierungen gezogen wird, wenn es darum geht, eine erste Bilanz zu ziehen. US-Präsident Lyndon B. Johnson hat zwar zugesagt, daß noch in diesem Jahr die für diese Zeit vorgesehenen Kredite der USA gewährt werden, doch die Lateinamerikaner sind skeptisch und glauben, der Vietnam-Krieg habe die Washingtoner Regierung so sehr in Anspruch genommen, daß sie ihre südlichen Nachbarn ganz aus dem Auge verloren habe.

Das Ziel der Allianz: In zehn Jahren sollten die USA und die 19 Länder Lateinamerikas je zehn Milliarden Dollar aufbringen, um die lateinamerikanische Wirtschaft anzukurbeln, die Infrastruktur zu verbessern und die Demokratie westlicher Prägung zu festigen. Jährlich sollte das wirtschaftliche Wachstum in Lateinamerika 2,5 Prozent betragen. Die Allianz sollte vor allem die Kapitalanleger der großen Industrieländer zur Neugründung von Fertigungsbetrieben in Lateinamerika anregen. Eine Nebenabsicht dieses Projekts: Das lateinamerikanische Fluchtkapital, das in den amerikanischen und schweizerischen Banken lagert und auf ebenfalls zehn Milliarden Dollar geschätzt wird, sollte zurückkehren, die Inflation sollte gebannt werden, ein systematischer sozialer und wirtschaftlicher Gesundungsprozeß sollte notwendige Reformen einleiten und auch den armen Schichten einen größeren Anteil am Volkseinkommen sichern.

Schwächen

Doch die Allianz hat ihre Schwächen. Der ehemalige Allianz-Koordinator Teodoro Moscoso (USA) sagte, man könne diese nicht etwa mit dem "Marshall-Plan" vergleichen, da sie auf rein kaufmännischer Grundlage arbeite und den Kreditgebern Gewinne verschaffen soll.

Auch das Ziel, das Wirtschaftswachstum mit jährlich zweieinhalb Prozent anzusetzen, wird von den Lateinamerikanern als ungesund angesehen, denn das ungeheure Wachstum der Bevölkerung frisst das wirtschaftliche Wachstum wieder auf. Etwa die Hälfte der mehr als 200 Millionen Lateinamerikaner ist erst zwanzig Jahre alt oder jünger, etwa die Hälfte lebt immer noch in Slums und kann weder lesen noch schreiben. Die soziale Unzufriedenheit behindert das wirtschaftliche Wachstum - so steht es jedenfalls zu lesen im jüngsten Jahresbericht des Sonder-Treuhandfonds der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID.

Die Erhaltung der repräsentativen Demokratie machte ebenfalls kaum Fortschritte: Militärjuntas stürzten zivile Regierungen in den letzten fünf Jahren in Peru, Ekuador, der Dominikani-

schen Republik, Guatemala, Bolivien und Brasilien. Die Militärs üben noch immer offen oder versteckt die Macht in all diesen Ländern aus mit Ausnahme von Peru, dessen Militärs den Übergang zu demokratischen Verhältnissen gesichert haben.

Munition für die Linkeradikalen

Leider hatten die USA nicht immer ihr Versprechen gehalten, den Militärdiktaturen den wirtschaftlichen Hahn abzudrehen. Damit gerieten die Vereinigten Staaten in ein schiefes Licht und lieferten den eifrig wühlenden Linksradikalen in Lateinamerika selbst die Munition.

Die Hoffnungen, daß sich die Privatwirtschaft der großen Industrienationen nennenswert in Lateinamerika engagiere, haben sich auch nicht erfüllt, denn in den letzten fünf Jahren waren es nicht mehr als jährlich etwa 400 Millionen Dollar, die neu in Lateinamerika investiert wurden. Auch die von westlichen Großbanken in Luxemburg gegründete "Adela Investment Company" hat die Anlaufschwierigkeiten noch nicht überwunden. Dazu kommt die galoppierende Inflation in vielen Ländern, selbst in Zonen, die früher wegen ihres verhältnismäßigen Wohlstandes für die meisten Lateinamerikaner als Vorbild angesehen wurden: das von den Militärs beherrschte Brasilien, das innenpolitisch kriselnde Argentinien und das wirtschaftlich sehr gefährdete kleine Land Uruguay, früher wegen seines Wohlstandes und seiner vorbildlichen demokratischen Verhältnisse "die Schweiz Südamerikas" genannt.

Reformen, die steckenblieben

Es wäre indessen verkehrt, nur ausschließlich bei den Vereinigten Staaten die Schuld an der unzureichenden Entwicklung der "Allianz für den Fortschritt" zu suchen. Die Iberoamerikaner haben ebenfalls sehr viel versäumt: Reformen blieben auf halbem Wege stecken, das ewige Tauziehen auseinanderstrebender Kräfte hat es bisher nicht vermocht, die großen Gemeinschaftsaufgaben auch überregional anzupacken durch die Gründung eines gesamt-lateinamerikanischen Gemeinsamen Marktes, der die Spaltung in Lateinamerika überwindet.

Macht den Europäern bereits die wirtschaftliche Zerrissenheit und Teilung in EFTA und EWG zu schaffen, so sind die industriell und wirtschaftlich weit weniger entwickelten Länder Lateinamerikas mit ihrer Spaltung noch übler dran: der mittelamerikanische Gemeinsame Markt SIECA steht der lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC gegenüber. Zu einer Koordinierung kommt es nicht, oftmals kommen Fehl- und Doppelinvestitionen zustande, die sich am Ende als nicht lebensfähig herausstellen. Es ist beispielsweise ein Unding, in jedem Land eine große Automobilindustrie für einen beschränkten Abnehmerkreis aufzubauen, während eine Arbeitsteilung auf dem Gebiete der Industrie und Landwirtschaft notwendiger denn je ist. - Wenn Lateinamerika für den Westen nicht verloren gehen soll, dann muß die "Allianz für den Fortschritt" in den nächsten fünf Jahren ein atemberaubendes Tempo vorlegen. Die erste Halbzeit steht 0 : 1 - das ist ein Ergebnis, wie es sich Präsident Kennedy gewiß nicht vorgestellt hat.